

## **Berufliche Bildung in Berlin – vom Risikofaktor zum Entwicklungsmotor der Stadt**

### **Vorschläge für eine „Berliner Agenda Berufliche Bildung 2026“**

*Der nachfolgende Text fasst die Vorschläge zusammen, die eine Gruppe unabhängiger Praktiker\*innen und Wissenschaftler\*innen<sup>1</sup> im Frühsommer 2021 unter dem Dach der berliner wirtschaftsgespräche e.v. vorgestellt hat. Die komplette Fassung der „Berliner Agenda Berufliche Bildung 2026“ ist veröffentlicht unter [https://www.bwg-ev.net/think\\_tank/](https://www.bwg-ev.net/think_tank/).*

Der Berliner Arbeitsmarkt leidet unter einem eklatanten Fachkräftemangel, der sich nach allen Prognosen in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird. Dennoch bleibt in der Stadt ein erheblicher Teil der Qualifizierungspotentiale ungenutzt, und vielen Jugendlichen gelingt kein Zugang zu beruflichen Qualifikationen: 10% aller Schulabgänger\*innen landen in einer Warteschleife des sogenannten Übergangssektors; 14% der 25-34-Jährigen sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung; die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Diese Situation gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit der Stadt, sondern auch ihren sozialen Zusammenhalt. Dennoch spielt berufliche Bildung in der politischen Debatte der Stadt kaum eine Rolle. Wenn überhaupt gibt es Diskussionen um einzelne Zweige beruflicher Bildung (z.B. die Attraktivität dualer Berufsausbildung), aber keine Gesamtschau auf das Gesamtsystem beruflicher Bildung, in dem duale und vollzeitschulische Berufsausbildung, Hochschulbildung und berufliche Weiterbildung eng voneinander abhängig sind und sich zueinander wie kommunizierende Röhren verhalten.

Im Interesse der Entwicklungsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts der Stadt müssen alle relevanten Akteure Berlins die neue Legislaturperiode dazu nutzen, die berufliche Bildung in ihrer Gesamtheit zu einem zentralen Politikfeld zu machen, um für die Deckung des Fachkräftebedarfs, die Sicherung nachhaltiger Beschäftigungsfähigkeit und die Inklusion aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu sorgen. Dringender Handlungsbedarf besteht dabei vor allem auf vier Feldern:

#### **1) Stärkung berufsbezogener Bildung im Gesamtsystem beruflicher Bildung**

Wie in ganz Deutschland haben sich auch in Berlin im zurückliegenden Jahrzehnt die Gewichte zwischen dualer Berufsausbildung und Hochschulbildung zugunsten der Hochschulbildung verschoben. Diese Verschiebung ist weitgehend arbeitsmarkttadäquat und irreversibel. Im Interesse der Fachkräftesicherung ist es aber notwendig, die weitere Erosion dualer Ausbildung zu verhindern und die berufsqualifizierende Rolle der Hochschulbildung weiter und nachhaltig zu stärken. Außerdem muss die soziale Asymmetrie zwischen akademischer und nichtakademischer Bildung (79% aller Kinder aus Akademikerhaushalten, nur 27% aller Kinder aus Nichtakademikerfamilien studieren) dringend verringert werden. Erforderliche konkrete Maßnahmen dazu sind

- der massive Ausbau der Berufsorientierung, vor allem an den Gymnasien, als verpflichtender Curriculumsbestandteil,
- die Weiterbildung entsprechender Lehrkräfte und die Einrichtung schulischer Makerspaces,

---

<sup>1</sup> Mitglieder der Initiative sind: Dr. Gisela Dybowski (ehem. Abteilungsleiterin, Bundesinstitut für Berufsbildung); Dietrich Kruse (ehem. Leiter, Georg-Schlesinger-Schule sowie Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin); Petra Madyda (Direktorin, Stiftung Lette Verein); Prof. Dr. Bernd Reissert (ehem. Präsident, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin); Uwe Schulz-Hofen (ehem. Abteilungsleiter Arbeit und berufliche Bildung, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Siegfried Vogelsang (Präsident, GFBM Akademie); Prof. Dr. André Wolter (Humboldt Universität zu Berlin); Gerd Woweries (Geschäftsführer, ABB-Ausbildungszentrum Berlin).

- die Gewährleistung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots durch eine staatlich abgesicherte Ausbildungsgarantie,
- Ausbau und qualitative Weiterentwicklung des dualen Studiums an den Hochschulen (durch neue Studiengänge, zusätzliche Studienplätze und verbesserte Lernortkooperationen) gemäß den Empfehlungen der Landeskommission Duales Studium vom Februar 2020,
- eine weitergehende Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte.

## 2) Auflösung der Dauerbaustelle Übergangssektor

In Berlin starteten im Jahr 2020 fast 6.500 junge Menschen in eine Maßnahme des sogenannten Übergangsbereichs (nur gut doppelt so viele begannen eine duale Ausbildung). Die Potentiale dieser jungen Menschen werden in den meisten Maßnahmen nicht erschlossen, sie sind von dauerhafter Exklusion bedroht. Der bisherige Übergangssektor muss deshalb in das Regelsystem der Berufsausbildung eingebunden werden, indem die Warteschleifen durch ein modulares Ausbildungsangebot mit einer verbindlichen Ausrichtung auf einen Berufsabschluss ersetzt werden. Die Jugendberufsagentur muss dabei die Initiativ- und Koordinierungsfunktion übernehmen. Die Benachteiligtenausbildung der Bundesagentur für Arbeit muss ausgebaut, um mindestens 1.000 Plätze in der Berliner Jugendberufshilfe ergänzt und in das neue modulare System integriert werden.

## 3) Ausbau und Aufwertung der Oberstufenzentren als Kompetenzzentren beruflicher Bildung

Zur Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsausbildung ist es dringend erforderlich, die Oberstufenzentren (OSZ), die für die schulische Seite der dualen Ausbildung verantwortlich sind, in ihrem Profil zu schärfen und in ihrer Qualität aufzuwerten. Erforderliche konkrete Maßnahmen dazu sind

- die Neustrukturierung der OSZ-Bildungsgänge außerhalb der dualen Ausbildung (die bislang das Profil verwischen) und ihre Umgestaltung zu einem Stufenmodell mit konsequenter Ausrichtung auf Übergänge in berufliche Bildung,
- die Einführung von Mindeststandards zur Verbesserung der Lernortkooperation zwischen Betrieben und OSZ,
- die Einbeziehung berufsschulischer Leistungen in die Kammerprüfungen,
- die Steigerung der Unterrichtsflexibilität durch neue Arbeitszeitmodelle der Lehrkräfte,
- die Umgestaltung des Studiums zum Lehramt an beruflichen Schulen als duales Studium mit enger Verzahnung von Theorie- und Praxisphasen,
- eine Fortbildungsoffensive für Berufsschullehrkräfte insbesondere im Bereich Digitalisierung.

## 4) Institutionelle Sicherung eines abgestimmten Gesamtsystems beruflicher Bildung

Wenn berufliche Bildung in Berlin in der neuen Legislaturperiode (notwendigerweise) zu einem zentralen Politikfeld werden soll, wird es darauf ankommen, ihre einzelnen Zweige (duale Berufsausbildung in Betrieben und OSZ, vollzeitschulische Ausbildung, Hochschulbildung und berufliche Weiterbildung) nicht mehr isoliert voneinander zu behandeln, sondern ihre Probleme durch die Koppelung der Teilsysteme in einem abgestimmten Gesamtsystem beruflicher Bildung zu lösen. Dazu wird es nötig sein, diese Koppelung institutionell abzusichern. Durch den Neuzuschnitt von Senatsverwaltungen dürfte dies kurzfristig kaum gelingen. Aussichtsreicher dürfte es in einem ersten Schritt sein, die politische Behandlung beruflicher Bildung als Gesamtsystem durch eine ressortübergreifende operative Task Force „Berufliche Bildung“ mit starker Federführung einer Senatsverwaltung und klarer Arbeitsteilung abzusichern. Regelmäßige Berichterstattung und die Erstellung eines jährlichen „Berliner Datenreports Berufliche Bildung“ sollten die Koordinierung unterstützen.